Hartmut Galsterer

Statthalter und Stadt im Gerichtswesen der westlichen Provinzen

Rechtsprechung ist die vornehmste Pflicht der Obermagistrate in den Gemeinden des römischen Reiches¹. Mögen sie in den peregrinen Gemeinden als Staatsoberhäupter auch weiterhin zumindest theoretisch in allen Gebieten der Staatsführung kompetent gewesen sein – die verfassungsrechtliche Stellung eines athenischen Archonten dürfte sich in der Kaiserzeit gegenüber dem späten Hellenismus kaum geändert haben – und mag noch in caesarischer Zeit den Duovirn der Kolonie Urso für Verteidigungszwecke ein kleines *imperium* eingeräumt worden sein – ihre wichtigste und zeitaufwendigste Beschäftigung, nachdem um „Außenpolitik“ und Kriegführung sich nunmehr Rom kümmerte, war die Jurisdiktion². Nicht umsonst tragen in der lateinischen Reichshälfte die städtischen Oberbeamten, wenn sie ihren Titel überhaupt spezifizieren, die Bezeichnung *iure dicundo*.

Unsere Kenntnisse auf dem Gebiet der städtischen Rechtsprechung sind nicht übermäßig gut. Wenn man sich die vor genau 30 Jahren erschienene Darstellung des römischen Zivilprozesses von Max Kaser ansieht, wird einem zwar bewußt, wie groß der Fortschritt ist, den unsere Erkenntnisse in dieser Zeit gemacht haben³. Dieser Erkenntniszuwachs seitdem beruht natürlich nicht darauf, daß wir um so viel genialer sind als Kaser, sondern daß in der Zwischenzeit unser Quellenbestand an entscheidenden Punkten gewachsen ist. Als Neufund wird dort noch besonders auf die Wachstafeln von Herculaneum mit dem sog. Prozeß der Justa hingewiesen⁴. Heute müßte man auf das neue Babatha-Archiv hinweisen, von dem in diesem Band in dem Referat von Hannah Cotton die Rede ist, aber man müßte in diesem Zusammenhang natürlich auch die Tafeln von Murecine nennen mit dem Geschäftsarchiv der Sulpicii (s.u.). In meinem Zusammenhang sind es vor allem zwei Dokumente, die für vertiefte Einsicht in den prokonsularen und den städtischen Prozeß in den Provinzen des römischen Reiches sorgten. Es sind dies auf der einen Seite die sog. Tafel von Botorrita mit einer Art von *formula*, die der

¹ Zum Thema allgemein *Verf.*, The Administration of Justice, in: The Cambridge Ancient History X² (1995), 397–413.

² Zum *imperium* siehe *lex Urson.* 125 und 128.

³ Max Kaser, Das römische Zivilprozeßrecht (Hb. d. Altert. X.3.4, München 1966).

⁴ Kaser, (Anm. 3) 12. Zu dem Justa-Dossier vgl. Vincenzo Arangio-Ruiz, Studi Epigrafici e Papirologici (Napoli 1974) 327 ff. und 552 ff.

Statthalter der damaligen Provinz Hispania Citerior in den achtziger Jahren des letzten vorchristlichen Jahrhunderts, Valerius Flaccus, in einem „Verwaltungsgerichtsverfahren“ zweier spanischer Gemeinden gab. Auf der anderen Seite wurde vor zehn Jahren der Text der *lex Irnitana* publiziert, der die Rechtsprechung in lateinischen Gemeinden der Kaiserzeit sehr viel deutlicher machte⁵. Wie wir nunmehr wissen, waren die Munizipalgesetze der flavischen lateinischen Municipien in der Baetica, zu denen u. a. auch die schon länger bekannten Fragmente von Malaca und Salpensa gehören, im Text weitestgehend identisch und lassen sich deshalb untereinander ergänzen.

Eine Auflistung der dem munizipalen Gericht erlaubten – und vor allem nicht erlaubten – Prozesse, wie sie in § 84 dieses Gesetzes vorliegt, hatten wir bislang, trotz aller Hinweise bei Gaius und in den Digesten, nicht⁶. Ich trage Ihnen diesen 28 Zeilen umfassenden Satz einmal in Übersetzung vor:

Lex Irnitana § 84:

R. Für welche Gebiete und bis zu welcher Höchstsumme die Rechtsprechung in diesem Municipium zuständig sein soll:

Wer Bürger oder *incola* dieses Municipiums ist und über irgendeine Sache im eigenen Namen oder in dem eines anderen, sofern dieser auch Bürger oder *incola* ist, innerhalb der Grenzen dieses Municipiums einen Privatprozeß führen will,

vorausgesetzt, der Streitwert beträgt nicht mehr als 1000 oder weniger HS,

und es handelt sich nicht um eine geteilte Klage zur Umgehung dieses Gesetzes, oder es gibt ein *praeiudicium* in einem Statusprozeß oder einem mit Streitwert über 1000 HS,

oder eine *sponsio*

oder bei der Streitsache ist *vis* geschehen, die nicht durch ein Interdikt, ein *decretum* oder ein *inssum* des zuständigen Jurisdiktionsmagistrats gedeckt ist

oder es handelt sich um einen Freiheitsprozeß

oder um *societas* oder *fiducia* oder *mandatum*, sofern diese mit Hinterlist geschehen sein sollen,

oder um *depositum* bzw. *tutela*, wenn behauptet wird, der Angeklagte habe hier im eigenen Interesse gehandelt,

oder um einen Prozeß aufgrund der *lex Laetoria*⁷,

oder um eine *sponsio*, von der behauptet wird, sie sei *in probrum* geschehen,

oder es handelt sich um Hinterlist und Betrug,

⁵ Julián González, The Lex Irnitana: a new Copy of the Flavian Municipal Law, in: JRS 76 (1986) 147–243. Die englische Übersetzung des Gesetzes bei González stammt von Michael H. Crawford, dessen Einfluß auch sonst im Kommentar häufig bemerkbar ist. Neben vielen Aufsätzen hat dieser Neufund nunmehr auch eine bedeutende Monographie hervorgebracht: Francesca Lamberti, Tabulae Irnitanae. Municipalità e „ius Romanorum“ (Napoli 1993)

⁶ Wilhelm Simshäuser, La juridiction municipale à la lumière de la *lex Irnitana*, in: RHD 67 (1989) 619–650.

⁷ Die *lex Laetoria* von etwa 200 v. Chr. hatte einen erhöhten Rechtsschutz der noch nicht 25-jährigen gegen Übervorteilung mit einer entsprechenden *exceptio* geschaffen, vgl. Max Kaser, Römisches Privatrecht I (München 1971) 276 f.

oder um Diebstahl unter Beteiligung (?) eines freien Mannes oder einer freien Frau,

oder eines Sklaven, wenn sein Herr oder seine Herrin verantwortlich sein sollen,

oder um *iniuriae* an einem freien Mann oder einer freien Frau,

immer vorausgesetzt, daß sich hieraus kein *praeiudicium* entwickelt, das den Status einer freien Person berührt,

in diesem Fall soll der *Ii*vir, der hier Iurisdiktionsmagistrat ist,

die Iurisdiktion,

das Recht zur Einsetzung von Richtern, Schiedsleuten und Rekuperatoren aus der Liste derjenigen, deren Namen dort bekanntgegeben sind,

und die *iudici datio addictio* besitzen,

und dies auch in allen oben ausgenommenen Fällen

wenn beide Streitparteien einverstanden sind,

und in allen anderen Privatprozessen,

immer vorausgesetzt, daß sich hieraus kein *praeiudicium* entwickelt, das den Status einer freien Person berührt,

und in allen Fällen, wo es um das Versprechen eines *vadimonium* geht an den Ort, wo sich der Provinzstatthalter aufhält oder wahrscheinlich aufhalten wird an dem Tag, für den die Forderung nach Versprechen eines *vadimonium* gilt,

und ebenso und unter derselben Bedingung, daß nämlich der Streitwert 1000 HS oder weniger beträgt, soll der hiesige Aedil

die Iurisdiktion

das Recht zur Einsetzung von Richtern, Schiedsleuten und Rekuperatoren aus derselben Liste

und die *iudici datio addictio* besitzen.

Dies ist es, worüber ich im folgenden sprechen möchte: Die Iurisdiktion in den Gemeinden im lateinisch geprägten Westteil des Reiches. Dies bedeutet zugleich eine Beschränkung auf die Gemeinden römischen und lateinischen Rechts und eine weitgehende Beschränkung auf die normativen Quellen, d.h. die Schilderung dessen, wie es sein sollte. Über die Rechtspraxis in den provinziellen Gemeinden wissen wir nahezu nichts, und speziell für die peregrinen sind wir sowohl was das Recht selbst betrifft, wie auch bezüglich seiner Umsetzung, völlig im Dunkeln; *civitates liberae et foederatae* waren theoretisch in beidem vor römischer Einmischung geschützt, doch blieb das wohl Buchstabe⁸. Von Texten wie dem berühmten Fall eines Totschlags durch Wurf eines gefüllten Nachtopfes können wir im lateinischen Westen nur träumen⁹. „But one works with what one has“, wie der große Sir Ronald Syme einmal sagte, und so müssen wir uns eben mit weniger farbigem Material begnügen.

⁸ Die *Amisenorum civitas libera et foederata* in Bithynien unterstand, trotz *Plinius'* freundlicher Worte in ep. 10, 92, der kaiserlichen Aufsicht ebenso wie die anderen Städte der Provinz.

⁹ Syll.³ 780 = FIRA III 185 aus Knidos.

Ich möchte auch nicht über den *princeps* und seine Rolle in dem sich herausbildenden Gerichtssystem der Kaiserzeit sprechen, das *de facto* im Zivilprozeß drei und im Kriminalprozeß zwei bis drei Instanzen besaß, wobei der Kaiser im allgemeinen Bewußtsein sehr bald als letztlich entscheidende Instanz angesehen wurde, ob er diese Rolle nun akzeptierte oder nicht. Bemühungen, einen geordneten Instanzenzug durchzusetzen, wurden immer wieder durch die Praxis kontrariert, sich gleich an den *Princeps* zu wenden, wie wir noch sehen werden¹⁰.

Ausgeklammert soll auch Italien sein, das bis in das zweite und dritte Jahrhundert keine dem Statthalter entsprechende Aufsichtsinstanz kannte und weiterhin dem Senat, den Magistraten und den Gerichten in Rom unterstand. Die *iuridici* waren ja, wie wir spätestens seit Simshäusers Buch wissen, trotz ihres Titels alles andere als reguläre Jurisdiktionsmagistrate¹¹. Die Strafjustiz, die es hier zumindest in einigen Städten zu Beginn des Prinzipats gegeben hatte, mit munizipalen *quæstiones* und wohl auch mit Kompetenz in kapitalen Fällen, wie aus den unten näher zu behandelnden Inschriftenfragmenten von Puteoli und Cumae hervorzugehen scheint, ging wohl schon bald an Delegatare des Kaisers über, den Stadtpräfekten für Fälle innerhalb einer 100-Meilenzone um Rom und die Prätorianerpräfekten für den Rest der Halbinsel. Das Verfahren in den Städten ist dasselbe, das wir in Rom selbst und in den latinischen und den Bürgergemeinden der Provinzen kennen, das zweistufige Formularverfahren *in iure* und *apud iudicem*. Italien läßt sich jedoch aus dem Grund nicht ganz ausblenden, da wir es sehr häufig als Referenzbeispiel für provinziale Regelungen heranziehen müssen. Wieweit dies methodisch zu Recht geschieht, sei dahingestellt. Wenn wir aber etwa bei den Höchststreitwerten sehen, daß in Irni und in Malaca verschiedene Grenzen in den gleichzeitigen Stadtgesetzen stehen und wir in Italien verschiedene Höchstgrenzen unter Caesar in den Städten der Transpadana und im 1. Jahrhundert n.Chr. beispielsweise in Puteoli konstatieren, dann wird der Vergleich hoffentlich auch in anderen Feldern, z.B. in der Praxis der *vadimonia*, nicht ganz in die Irre führen.

Schließlich möchte ich auch nicht über das materielle Recht sprechen, das in den genannten Städten der Provinzen galt. Über die Natur des kaiserzeitlichen latinischen Rechts scheint ja nun nach der Publikation der *lex Irnitana* Klarheit darüber zu herrschen, daß es sich bei den Latinern nicht um Peregrine mit privilegiertem Zugang zum römischen Bürgerrecht handelte, sondern um Quasibürger, denen man – aus welchen Gründen auch immer – das *ius honorum* verspernte¹². Der § 93 des Gesetzes von Irni mit seiner Bestimmung, daß in allen Fällen, in denen das Stadtgesetz nicht anders verfügt hätte, das *ius...quo cives Romani inter se iure civili agunt* agent subsidiär eintreten solle, stellt die latinischen Irnitaner in

¹⁰ Vgl. AE 1974, 629, vgl. Barbara Levick, *The Government of the Roman Empire* (London 1985) 10f.

¹¹ Wilhelm Simshäuser, *Iuridici und Munizipalgerichtsbarkeit in Italien* (München 1973).

¹² Verf., *La trasformazione delle antiche colonie latine e il nuovo ius Latii*, in: Alda Calbi e Giancarlo Susini (eds.), *Pro poplo Ariminense* (Epigrafia e Antichità 14, Faenza 1995) 79 ff. und: *Diritto latino e municipalizzazione nella Betica*, in: *Teoría y Práctica del ordenamiento municipal en Hispania. Revisiones de Historia Antigua II* (Vitoria 1996) 211–221.

praxi unter das quiritische Recht, denn es gibt in den uns erhaltenen Teilen des Gesetzes keine solchen Sonderbestimmungen, und sie sind in den noch nicht bekannten 30% des Gesetzes auch nicht zu erwarten¹³. Auch in den peregrinen Gemeinden dürfte römische Rechtspraxis mehr und mehr in das materielle Recht eingedrungen sein, wie verschiedene Dokumente zeigen¹⁴. Nicht nur das materielle, auch das Verfahrensrecht in dem Gesetz ist rein römisch geprägt, oft genug mit der Formel *si Romae ageretur* oder *si eam rem in urbe Roma praetor p.R. inter cives Romanos iudicari inssisset*¹⁵. Umso mehr stellt sich dann die Frage, was denn Kaiser Hadrian mit seinem bekannten Ausspruch gemeint haben könnte, die Bürgermunicipien der Kaiserzeit könnten *suīs legibus uti*, aber das braucht uns hier Gottseidank nicht zu beschäftigen¹⁶.

Zu der Kompetenzbeschränkung der municipalen Rechtsprechungsmagistrate und der von ihnen eingesetzten Gerichte verfügen wir jetzt über den ausführlichen, oben zitierten § 84 des Gesetzes von Irni. Nach ihm sind die *Ilviri iure dicundo* und das städtische Gericht kompetent, wenn

1. der Kläger Bürger oder *incola* von Irni ist;
2. es sich um eine Privatklage, ein *privatim petere* handelt, im Gegensatz z. B. zu den Prozessen *de communi pecunia*, wie sie in den §§ 69–71 beschrieben sind;
3. die Klagesumme HS 1000 nicht überschreitet und die Klage auch nicht betrügerisch in mehrere Einzelklagen aufgeteilt wurde, um diese Vorschrift zu umgehen¹⁷, und
4. es sich nicht um eine der im folgenden genau aufgelisteten Klagen handelt, die als *actiones famosae* bezeichnet werden und deren negativer Ausgang den sozialen Status eines freien Angeklagten in Frage stellen könnte¹⁸.

In all diesen Fällen war ein lokaler Prozeß nicht unbedingt ausgeschlossen; nach dem Grundsatz *inter convenientes et de re maiori apud magistratus municipales agetur* konnten bei Einverständnis zwischen dem Kläger und dem Beklagten alle oben dem lokalen Gericht verbotenen Prozesse auch vor Ort abgewickelt werden,

¹³ Vgl. Arnold Kränzlein, *Ius municipum*. Zu Art. 93 Lex Irnitana, in: Ars Boni et Aequi. Fs. Wolfgang Waldstein zum 65. Geburtstag (Stuttgart 1993) 177–186. Nach Wilhelm Simshäuser, Stadtrömisches Verfahrensrecht im Spiegel der lex Irnitana, in: ZSSR 109 (1992) 163–208 auf S. 180 ist hiermit das substantielle Recht, das *ius civile*, gemeint und nicht Lücken im Verfahrensrecht, ebenso Mario Amelotti, Il diritto privato dei 'Latini' e il cap. 93 della 'lex Irnitana', in: Julián González (ed.), Roma y las provincias.: realidad administrativa e ideología imperial (Madrid 1994) 14–24; anderer Meinung Alvaro d'Ors, La Ley Flavia Municipal (Rom 1986) 181.

¹⁴ Vgl. Andrew W. Lintott, Imperium Romanum. Politics and Administration (London 1993) 154 ff., bes. 156.

¹⁵ §§ 89 und 91, vgl. auch 71 und K (49).

¹⁶ Das Zitat bei Aulus Gellius, NA 16, 13; zu der Interpretation der Stelle jetzt auch Mario Amelotti, (Anm. 13).

¹⁷ Alan Rodger, Jurisdictional limits in the lex Irnitana and the lex de Gallia Cisalpina, in: ZPE 110 (1996) 189–206.

¹⁸ Solche Listen von infamierenden Klagen sind, in leicht unterschiedlicher Form, auch in Gaius 4,182; Iulianus I ad edictum, Dig. 3,2,1; Tab. Heracl. 108–125 und frg. Atest. 1–4 erhalten.

was natürlich den Beteiligten eine nicht unerhebliche Zeit- und Kostenersparnis brachte¹⁹.

Erstaunlicherweise wird dann am Ende des Paragraphen auch noch den städtischen Aedilen eine konkurrierende Gerichtsbarkeit zu der der Duovirn gegeben, *eadem condicione*, falls nicht der folgende Satz es ausschließen will, daß bei den Aedilen ebenso wie bei den Duovirn die Streitwertgrenze einvernehmlich außer Kraft gesetzt werden konnte, was ich eher nicht glaube²⁰. Diese ädilizische Jurisdiktion ist etwas erstaunlich, denn in Rom war die Rechtsprechung der curulischen Aedilen, wie man weiß, auf einige Fälle von Haftung aus Sklaven- und Viehverkauf beschränkt²¹. Man könnte sich vorstellen, daß in großen Städten mit einem großen Prozeßanfall die Duovirn von Bagatellfällen entlastet werden sollten und man deshalb die Jurisdiktion der Aedilen erweiterte. Aber erstens ist Irni wahrlich keine große Stadt gewesen; zweitens ist diese Gerichtsbarkeit nicht auf Bagatellfälle beschränkt, und drittens sind es in einer großen und wirtschaftlich wichtigen Stadt wie Puteoli, wo wir dank der Tafeln von Murecine die Verhältnisse etwas kontrollieren können, allein die Duovirn, die als Gerichtsherrn in Zivilprozessen gleich welcher Streithöhe auftreten²². Das Argument mit der möglichen Überlastung der Duovirn zieht also nicht.

Unklar ist, wieweit noch Unterschiede bestanden zwischen der Kompetenz von Gerichten in Städten mit verschiedenem Status, also z.B. zwischen solchen von Municipien oder Kolonien oder solchen von latinischem oder von römischem Bürgerrecht. Allgemeine Gesetze wie die *lex Rubria de Gallia Cisalpina* sprechen von städtischen Magistraten ganz generell, als ob es keine Unterschiede gebe²³. Andererseits scheinen die Magistrate zweier italischer Kolonien das *ius manumittendi* besessen zu haben, was städtischen Magistraten sonst untersagt war²⁴. Hatten Koloniamagistrate größere Befugnisse als solche von Munizipien? Hierfür könnte auch das oben erwähnte *imperium* der Duovirn von Urso sprechen. Fan-

¹⁹ *Paulus* I ad edictum, Dig. 50,1,28. In frg. Atestinum 1 ff. kann bei Einverständnis des Beklagten eine infamierende Klage auch vor Ort eingebracht und verhandelt werden, doch nur bis zu einem Streitwert von 10000 HS, wohingegen in Irni *inter convenientes* anscheinend überhaupt keine Obergrenze des Streitwertes galt.

²⁰ Vgl. auch den § 19.

²¹ Vgl. *Kaser*, (Anm. 3) 126.

²² Eine Rechtsprechung der Aedilen von Puteoli aufgrund des Ediktes der curulischen Aedilen in Rom erschließt *Giuseppe Camodeca*, *L'archivio puteolano dei Sulpici I* (Napoli 1992) 145–147. Siehe dazu jetzt *ders.*, *Tabulae Pompeianae Sulpiciorum* (Rom 1999) 117–119.

²³ Vgl. *Lintott*, (Anm. 14) 144. Nach frg. Atest. 16 sollen die Duovirn und andere Obermagistrate die Jurisdiktion nach dem Erlaß der *lex Roscia* in demselben Umfang und bis zur selben Streithöhe behalten wie sie diese vor der *lex Roscia* besaßen. Da durch die *lex Roscia* die bisher latinischen Gemeinden der Transpadana das Bürgerrecht erhielten, ergibt sich daraus, daß in diesen latinischen Kolonien und diesen Bürgermunicipien die Streitwertgrenze identisch war, sich durch die Bürgerrechtsverleihung also nichts geändert hatte.

²⁴ AE (1947) 47 scheint *Ilviri manumittendi potestate* in Mailand zu belegen; ein solches Recht für die *Ilviri* von Herculaneum erschloß *Arangio-Ruiz*, (Anm. 4) aus den Dokumenten des Justaprozesses.

den sich solche Privilegien in den Stadtgesetzen der einzelnen Kolonien? Um die Wahrheit zu sagen, tappen wir hier noch völlig im Dunkeln.

Die Streitwerte sind, wie schon oben gesagt, von Stadt zu Stadt verschieden. Für die flavischen latinischen Munizipien in der Baetica läßt sich dies zumindest indirekt beweisen. In dem zitierten § 84 ist eine Summe von HS 1000 genannt, und wir haben hierzu keine Parallelüberlieferung in einem anderen Stadtgesetz; doch ist § 69 über die Rückforderung städtischer Gelder sowohl in der *Malacitana* wie in der *Irmitana* erhalten, und da ist die Grenze in Irni 500, in der größeren Hafenstadt aber 1000 HS²⁵. So wird man auch in Zivilverfahren in Malaca eine entsprechend höhere Grenze erwarten, vielleicht 2000 oder 2500 HS. Bei den Regelungen für Gallia Cisalpina in der *lex Rubria* und in dem Fragmentum Atestinum, bei denen ich mit Laffi ihre Zusammengehörigkeit und mit ihm und dem Rest der Forschung gegen Crawford ihre Datierung ins Jahr 41 v.Chr. vertrete, sind einheitliche Obergrenzen für alle Gemeinden festgelegt, 15.000 HS in ‚normalen‘ Zivilprozessen und 10.000 HS, wenn als Strafe die Infamie drohte²⁶. Warum hier keine lokalen Unterschiede vorgesehen sind, wissen wir nicht. Vielleicht waren die Städte der früheren Provinz zu diesem Zeitpunkt von Größe und Wirtschaftskraft her noch so einheitlich, daß man auf Differenzierung verzichten zu können glaubte, obwohl es schwer fällt anzunehmen, daß es keine qualitativen Unterschiede etwa zwischen Opitergium und Iulium Carnicum auf der einen Seite und Aquileia oder Patavium auf der anderen Seite gegeben haben soll. Selbst die Summen in *lex Rubria* und im *fragmentum Atestinum* sind noch nicht besonders hoch, wenn man an die Klagen über 6000 und 18.000 HS denkt, die auf den etwas späteren Tafeln aus Murecine belegt sind, nicht zu sprechen von einigen Schuldscheinen (*chirographa*) über 20.000 und mehr HS, von denen wir nicht wissen, wo sie eventuell eingeklagt worden wären, und von einer ganzen Reihe von *vadimonia* über 50.000 HS, sowohl nach Rom wie nach Puteoli²⁷. Falls die in den Stadtgesetzen vorgesehenen Multen bei Fehlverhalten der Magistrate vor lokalen Gerichten eingeklagt werden sollten, lag der Streitwert auch hier erheblich über demjenigen, der in Zivilverfahren zulässig war: 1000 Sesterzen, 10.000 oder sogar 20.000 Sesterzen pro Tag werden in der *lex Irmitana* genannt²⁸.

²⁵ Vgl. zu der Interpretation von *pecunia communis* in diesem Paragraphen jetzt David Johnston, *Municipal Funds in the Light of Chapter 69 of the lex Irmitana*, in: ZPE 111 (1996) 199–207.

²⁶ Umberto Laffi öfters, zuletzt in: La provincia della Gallia Cisalpina, in: Athenaeum 80 (1992) 1–23 und Verf., Il frammento Atestino e la romanizzazione di Este, in: Giovanna Tosi (ed.), *Este Antica dalla Preistoria all'età romana* (Este 1992) 243–256 gegen Michael H. Crawford, *Ateste and Rome*, NumAntCl 18 (1989) 191–200 und jetzt: Michael H. Crawford (ed.), *Roman Statutes I, II* (London 1996) nr. 16 und nr. 28. Crawford's Argumentation geht aus von einer m.E. nicht überzeugenden Datierung der *actio de dolo malo*.

²⁷ Vgl. Joseph Georg Wolf, Aus dem neuen pompejanischen Urkundenfund: die Kondiktio-nen des C. Sulpicius Cinnamus, in: SDHI 45 (1979) 141–177 (mit Nachtrag auf S. 177) und *Camodeca*, (Anm. 22), 52 ff.

²⁸ §§ 90; 26,74 und 75; G.

Die städtischen Jurisdiktionsmagistrate konnten, falls sie selbst verhindert waren oder falls das Territorium ihrer Gemeinde sehr groß war, *praefecti iure dicundo* als ihre Vertreter einsetzen, die dann einen Teil der Rechtsprechung übernahmen. Dies war der Fall etwa bei Emerita Augusta, auf dessen weit gestrecktem Territorium es mehrere solche Praefekturen gab. Aber auch Städte, denen andere Gemeinden attribuiert oder kontribuiert waren, mußten zu solchen Lösungen greifen; anders ließ sich eine verwaltungsmäßige Zusammenlegung wie die der Camunni in der Valcamonica mit Brescia oder gar des nordafrikanischen Icosium (Algier) mit dem spanischen Ilici (Elche) überhaupt nicht realisieren²⁹. Wie sich die Rechtsprechung der Praefekten zu derjenigen ihrer ‚vorgesetzten‘ Oberbeamten verhielt, und ob es eventuell von der einen an die andere Appellationsmöglichkeiten gab, wissen wir nicht.

Prozesse, deren Streitwert die lokale Höchstgrenze überschritten, mußten in Italien an die stadtrömischen Gerichte, in den Provinzen an den Statthalter abgegeben werden. Dies geschah mit Hilfe eines *vadimonium*, eines Versprechens, an einem bestimmten Tag an dem Ort, wo sich der Statthalter aufhalten würde, zu erscheinen³⁰.

Bevor wir uns näher mit der Rolle des Statthalters beschäftigen, ist nochmals auf die munizipale Rechtsprechung zurückzukommen. Wenn die Voraussetzungen gegeben waren, daß der *Ivir iure dicundo* oder der Aedil sich mit dem Fall beschäftigten, stellten sie zunächst eine *formula* auf, d. h. ein Prozeßprogramm, in dem die Rechtslage skizziert, ein Richter eingesetzt und seine Aufgabe definiert wurden. Wie in Rom gab es auch in Irni in denselben Fällen wie in der Hauptstadt die Möglichkeit, statt des Einzelrichters *recuperatores* einzusetzen. Beide, *index unus* wie Rekuperatoren, wurden wie in Rom aus einer Richterliste genommen, einem *album*, das allerdings statt in fünf nur in drei Dekurien aufgeteilt war. Das Richterkorps war sozial gemischt, allerdings nicht allzu sehr. Neben einer vom Statthalter festzulegenden Zahl von Mitgliedern des Rates (entsprechend den Senatoren in Rom) sollten, in ebenfalls vom Prokonsul zu bestimmender Zahl, freie *municipes* mit einem Mindestcensus von HS 6000 in sie aufgenommen werden, analog zweifellos zu der Mischung in den *quinque decuriae* in Rom, die ja erst nach langen Auseinandersetzungen erreicht worden war³¹. Daß auch in den Provinzen die soziale Zugehörigkeit der Richter ein Problem war, zeigt eine Inschrift

²⁹ Vgl. hierzu Umberto Laffi, *Adtributio e Contributio. Problemi del sistema politico-amministrativo dello stato romano* (Pisa 1966).

³⁰ § 84 Z. 20–22: *de vadimonio promittendo in eum [locum in] quo is erit qui [e]i provinciae praerit futurusve esse videbitur* und *Camodeca*, (Anm. 22) 37 ff.

³¹ Die Zahl von 5000 HS in den gängigen Ausgaben ist nach einer mündlichen Mitteilung von Fernando Fernández an Lebek zu 6000 zu verbessern, vgl. Wolfgang D. Lebek, *Die municipalen Curien oder Domitian als Republikaner: lex Lati* (Tab. Irn.) Paragraph 50 (?) und 51, ZPE 107 (1995) 135 ff. auf 179 Anm. 104. Zu der Zusammensetzung der Richterdekurien in Rom vgl. meine Bemerkungen zu dem Buch von Okko Behrends, *Die römische Geschworenenverfassung* (Göttingen 1970) in: GGA 225 (1973) 29–46. Zu den Richterdekurien in Irni vgl. jetzt Patrick Le Roux, *Le juge et le citoyen dans le municipe d'Irni*, in: Cahiers du Centre G. Glotz 2 (1991) 99–124.

aus Narbo, in der Augustus dafür gedankt wird, daß er *iudicia plebis decurionibus coniunxit*³². Die verschiedene soziale Zugehörigkeit der Richter wirkt sich dann bei der Zuweisung oder Auslosung von Richtern zu bestimmten Prozessen allerdings nicht mehr aus, kann also höchstens bei dem Ablehnungsrecht eine gewisse Rolle gespielt haben. Im Falle der Veruntreuung von öffentlichen Geldern – falls das mit *iudicium pecuniae communis* gemeint ist – trat übrigens der *ordo decurionum* in seiner Gesamtheit oder bei kleineren Summen ein kleineres Komitee von Dekurionen als Richter ein, wie das auch in Italien z.B. in einem Fall von Fälschung der *tabulae publicae* in Larinum überliefert ist³³.

Von dem Verfahren *in iure*, d.h. vor dem Iurisdiktionsmagistrat, zu dem *apud iudicem*, vor dem Richter, leitete eine Vertagung über, die aus der Rechtsliteratur als *comperendinatio* bekannt war, in dem Gesetz von Irni nun als *intertium dare* erscheint. Es gab über diese bislang völlig unbekannte Rechtsfigur längere Auseinandersetzungen, doch scheint nunmehr klar, daß das anscheinend wichtige *intertium dare* (drei Kapitel, 90–92, handeln davon) die Anberaumung des ersten Verhandlungstages vor dem Richter zum Inhalt hatte. Unklar ist weiterhin, warum es trotz dieser Wichtigkeit in den Digesten überhaupt nicht erwähnt ist; möglicherweise war es so sehr mit der munizipalen Rechtsprechung verbunden, daß es im 6. Jahrhundert mit dieser seine Bedeutung verloren hatte³⁴.

Bleibt schließlich noch die Frage nach der Rechtsprechung in Kriminalfällen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß unsere heutige Abtrennung zwischen Zivilsachen und Strafsachen und den entsprechenden Prozeßordnungen nicht mit der römischen zusammenfällt. So kann, wie wir oben gesehen haben, ein Gutteil der Prozesse, in denen es um die „bürgerlichen Rechte“ von *municipes* geht, bei Einverständnis der Prozeßparteien auch vor das munizipale Gericht gebracht werden. Wieweit reine Kriminalfälle, in denen es um Mord u.ä. ging, vor diesen Gerichten geführt wurden, ist unklar, doch legt dies ein Paragraph der *lex Ursonensis* zumindest nahe³⁵. Alles, was auch nur im entferntesten mit Politik zu tun hatte, was als Aufruhr o.ä. angesehen werden konnte, mußte selbstverständlich vor den Statthalter gebracht werden. Er wird auch die Polizeijustiz gegen Mitglieder der Unterschicht, wie sie in Rom zuerst die *IIIviri capitales* und dann in der Kaiserzeit die verschiedenen Präфекten ausübten, zumindest da selbst ausgeübt haben, wo er sich selbst befand³⁶. Vielleicht war aber zumindest in großen Städten, in denen es

³² CIL XII 4333 = ILS 112 aus dem Jahr 11 n.Chr. Dessau bezog den Satz sicher zu Unrecht auf eine politische Aussöhnung zwischen Rat und Volk auf Veranlassung des Kaisers.

³³ Lex Irnit. 67 und 69, Cicero, pro Cluent. 41. Hierzu Umberto Laffi, Le funzioni giudiziarie dei senati locali nel mondo romano, in: Rend. Acc. Lincei VIII 44 (1989) 73–86; ders., Osservazioni sul testo dell'inizio del capitolo <LXIX> della lex Irnitana, alla luce di un nuovo frammento della lex Villonensis, in: ZPE 103 (1994) 147–153 und jetzt Johnston, (Anm. 25).

³⁴ Alan Rodger, The lex Irnitana and Procedure in the Civil Courts, in: JRS 81 (1991) 74–90 und Simshäuser, (Anm. 13).

³⁵ Lex Urson. 102: *IIvir qui h.l. quaeret iud(icium) exercebit*; später ist von *accusatores* die Rede.

³⁶ Vgl. Duncan Cloud, in: CAH IX² 501; ders., Municipal capital jurisdiction over Roman citizens: a chimera?, in: LCM 18,3 (1993) 39–43 wo er sich allerdings strikt gegen die von

keinen Vertreter der römischen Macht gab, in Hafenstädten wie Sevilla oder Malaca, die Kompetenz der städtischen Behörden um eine solche summarische Justiz gegen außer Rand und Band geratene Matrosen und Mitglieder einer auch da anzunehmenden Unterwelt erweitert³⁷. Die von *Lucio Bove* publizierten Inschriften von Pozzuoli und Cumae deuten jedenfalls darauf hin, daß die lokalen Behörden den privaten Begräbnis-, Folterungs- und Hinrichtungsunternehmen, um deren *leges locationis* es sich bei den Inschriften handelt, auch Leute zur Hinrichtung übergeben konnten, die keine Sklaven waren³⁸. Eine Notiz bei Agennius Urbicus setzt voraus, daß es in allen Städten *loca noxiorum poenis destinata*, also Hinrichtungsplätze gab³⁹. Ulpian oft wiederholte Aussage, „die Magistrate der Stadtgemeinden dürfen nicht die Todesstrafe über einen Sklaven verhängen; aber eine maßvolle körperliche Züchtigung anzuordnen, ist ihnen nicht zu verwehren“, trifft sicher auf Irni zu und mag in der Zeit Ulpian dann auch allgemeine Gültigkeit besessen haben, muß aber deshalb noch nicht in den beiden ersten Jahrhunderten der Kaiserzeit und überall gegolten haben⁴⁰.

Die Hauptaufgaben auch des Statthalters in der Kaiserzeit waren die Friedenssicherung in der Provinz (*curare ut pacata atque quieta provincia sit quam regit*) und die Rechtsprechung⁴¹. Der Legat oder Prokonsul, der uns schon bisher als Aufsichtsbehörde über die städtische Richterliste begegnet war, hatte auch ausschlaggebenden Einfluß auf die Modalitäten der Rechtsprechung.

In § 85 der *lex Irnitana* wird es dem munizipalen Magistrat zur Pflicht gemacht, das *album* des Statthalters abzuschreiben, es öffentlich auszuhängen und nach ihm Recht zu sprechen. In diesem *album*, das man wohl ebenso gut als *edictum provinciale* bezeichnen könnte, waren die einzelnen *edicta*, *formulae iudiciorum*, *sponsiones*, *stipulationes*, *acceptiones*, *exceptiones*, *praescriptiones* und *interdicta* aufgeführt, nach denen der Statthalter Recht sprechen würde. Wie bei den stadtrömischen Edikten ist klar, daß dieses Edikt normalerweise keine individuelle Schöpfung des einzelnen Prokonsuls war, wie dies teilweise noch bei Ciceros Edikt für

Simshäuser, (Anm. 11) und *Verf.*, Herrschaft und Verwaltung im republikanischen Italien (München 1976) erwogene Kapitalgerichtsbarkeit in italischen Gemeinden ausspricht.

³⁷ Vgl. dazu zuletzt *Arrigo D. Manfredini*, Municipii e città nella lotta ai latrones, in: *Roma y las Provincias* (Anm. 13) 147–159.

³⁸ *Lucio Bove*, Due nuove iscrizioni di Pozzuoli e Cuma, in: *RAAN* 41 (1966) 207–239 (= *AE* 1971, 88f.) und jetzt dazu *John Bodel*, Graveyards and Groves. A Study of the *Lex Lucerina*, in: *AJAH* 11 (1994). Für eine Kompetenz auch – mancher – lokaler Gerichte in Kapitalsachen, wie oben im Text vertreten, *Wolfgang Kunkel*, in: *RE* 24 (1963) s.v. *quaestio* 779–783; dagegen *Francesco de Martino*, „Supplicia“ dell’iscrizione di Pozzuoli, in: *Labeo* 21 (1975) 211–214.

³⁹ De controversiis agrorum p. 47 Thulin. Das Werk arbeitet mit Beispielen vor allem aus Nordafrika.

⁴⁰ Dig. 2.1.12 in der schönen neuen Übersetzung von *Behrends, Knütel, Kupisch, Seiler* (Heidelberg 1995).

⁴¹ Zur Rechtsprechung des Statthalters in der Republik vgl. *Lintott*, (Anm. 14) 54 ff. (auch zu den lokalen Unterschieden). Die Kompetenzen des Statthalters auf diesem Gebiet sind zuerst aufgezählt in der sog. *lex de provinciis praetoriis* von 101 oder 100 v. Chr., vgl. *Roman Statutes* (Anm. 26) 250 und den Kommentar dazu 265 ff.

seine Provinz Kilikien der Fall gewesen war, sondern daß es im Lauf der Kaiserzeit immer mehr tralatizisch wurde. Damit wird auch die Rechtsprechung in der Provinz und indirekt in den einzelnen Gemeinden (zumindest in denen latini-schen und wohl auch römischen Rechts) selbst in Abwesenheit eines als Buch publizierten Gesetzbuches immer vorhersehbarer und damit sicherer.

Am wichtigsten ist aber die Rolle des Statthalters als Richter, entweder eigenen Rechts, wenn er ein Prokonsul – wie der der Baetica – war oder mit einem von dem des Kaisers abgeleiteten *imperium*, wie die der Tarraconensis oder der Lusitania. Dies hatte Folgen für die Delegation der Rechtsprechung, insofern als der Prokonsul sein *imperium* an einen Vertreter weitergeben konnte, was den Legaten mit ihrem ja schon sowieso delegierten *imperium* nicht möglich war⁴². In den großen kaiserlichen Provinzen wie der Tarraconensis wird deshalb vom Kaiser selbst ein Rechtsprechungsmagistrat, *iuridicus*, zur Entlastung des Statthalters ernannt⁴³. Trotzdem konnte, gerade in dichtbesiedelten und städtereichen Provinzen, keine Rede davon sein, daß der Statthalter Roms die Jurisdiktion in größerem Ausmaß an sich gezogen hätte: Er konnte sich nur auf ausgewählte Fälle beschränken.

Dies waren in peregrinen Gemeinden sicher die Rechtstreitigkeiten römischer Bürger. Es gab für sie kein allgemeines Recht auf *revocatio Romam*, also auf Verhandlung ihrer Prozesse in Rom; ein solches Recht taucht zwar als Belohnung für erfolgreiche Ankläger in der *lex Acilia repetundarum* und in dem inhaltlich eng verwandten *frgm. Tarentinum* und als Privileg später in dem *SC de Alcibiade* sowie in dem Brief Octavians an Rhosos bezüglich des Kapitäns Seleucus auf, doch wissen wir nicht, wie weit verbreitet dieses „Recht“ war⁴⁴.

Der Statthalter wandte in seinen Prozessen dieselbe Formularjurisprudenz an wie der Prätor in Rom und wie die städtischen Magistrate in der Provinz des Statthalters. Über die *formulae* in seinem *album* war oben schon die Rede. Auch er verfügte über eine Liste, ein *album provinciale*, von möglichen Richtern, aus der im konkreten Fall die *iudices* bzw. *recuperatores* genommen wurden. In den augusteischen Edikten von Cyrene ist über die Zusammensetzung einer solchen Richterliste aus Römern und Griechen unter Berücksichtigung der vielen sozialen und politischen, aber jedenfalls heiklen damit verbundenen Probleme die Rede⁴⁵. So wie in Irni in Verwaltungsgerichtsverfahren, wenn der Ausdruck erlaubt ist, der gesamte Stadtrat oder ein Teil als Jury eingesetzt werden kann, so ist dies auch bei entsprechenden Verfahren vor dem Statthalter möglich. Einen sehr interessanten

⁴² Zu den Beschränkungen der Jurisdiktion der Legaten vgl. die in Dig. 1,16 gesammelten Stellen.

⁴³ Er sollte trotz des gleichlautenden Titels nicht mit den *iuridici* verwechselt werden, die ab Marc Aurel in Italien erscheinen. Die Unterschiede zwischen kaiserlichen und sog. Senatsprovinzen (solchen des römischen Volkes, worauf *Fergus Millar* häufiger hinwies) waren in der Realität der Rechtsprechung wohl kaum sehr groß. Auch *proconsules* erhielten vom Kaiser Instruktionen, *mandata*, vgl. *Graham P. Burton*, The Issuing of Mandata to Proconsuls and a New Inscription from Cos, in: ZPE 21 (1976) 63–68.

⁴⁴ Die Texte in: Les lois des Romains. 7e édition ... des 'Textes de droit romain' II, de *Paul F. Girard, Félix Senn* (Napoli 1977) III 7 und 9, VI 5 und VII 5.

⁴⁵ *Michel Humbert*, in: Les lois des Romains a. O. VIII.2, 408 ff.

Einblick in einen Prozeß dieser Art bietet die bereits erwähnte Tafel von Botorrita, dem antiken Contrebia Belaisca⁴⁶. Es handelt sich um die *formula* eines Prozesses zweier Gemeinden im Ebrotal um Wasserrechte, in dem im Mai 87 v. Chr. der Statthalter der Hispania Citerior, C. Valerius Flaccus, den Senat einer dritten Gemeinde, eben Contrebia, als Jury einsetzt. Flaccus war zuvor in Rom *praetor urbanus* gewesen, und das Dokument verrät vollendete Beherrschung des in Rom gültigen Formularsystems. Eine völlig andere Frage, auf die uns aber die Tafel keine Antwort gibt, ist es, was die beteiligten Parteien daraus machten. Die Gemeinden waren peregrinen Rechts, und auch unter den genannten Personen ist mit einer möglichen Ausnahme kein einziger römischer Bürger⁴⁷.

Um den Zugang von Rechtssuchenden zu seinem Gericht zu erleichtern, hielt der Statthalter in regelmäßigen Abständen Gerichtssitzungen auch außerhalb der Hauptstadt seiner Provinz, des *caput provinciae*, ab. Die Orte, in denen das geschah, und zugleich der Distrikt, für dessen Bewohner dieses Gericht galt, hießen *conventus*⁴⁸. Die Arbeitsbelastung eines Statthalters bei solchen Konventssitzungen konnte außerordentlich groß sein: Ein Statthalter in Ägypten hatte an einem drei Tage dauernden Termin in Arsinoe 1804 Petitionen entgegenzunehmen⁴⁹. Dies ist zugleich auch ein Indiz dafür, welche Menschenmengen sich bei solchen Gelegenheiten in der Konventshauptstadt versammelten, nicht nur um zu prozessieren, sondern auch um Geschäfte aller Art zu tätigen. Einige Konvente besaßen sichtlich auch Aufgaben in der Selbstverwaltung. Konventsstadt zu sein gereichte deshalb zum großen wirtschaftlichen Nutzen für diese Städte und war darum ein begehrtes Privileg⁵⁰. Die Zahl von Konventen pro Provinz hing sichtlich von ihrer Größe und ihrem Städtereichtum ab; so verfügten etwa Dalmatien und Lusitanien über drei, die Baetica über vier, Hispania Tarraconensis über sieben und Asia sogar über neun solche Distrikte.

Die Rechtsprechung des Statthalters beruhte in der Provinz teilweise auf dem Formularverfahren, wie wir oben am Fall der *tabula Contrebiensis* sahen. Daneben entwickelte sich immer mehr eine Jurisdiktion, die auf dem *imperium* beruhte und als *cognitio* bezeichnet wird. In ihr war der Statthalter von den Förmlichkeiten und den Terminzwängen der Formularjustiz befreit und konnte auch selbst als

⁴⁶ John S. Richardson, The Tabula Contrebiensis. Roman Law in Spain in the Early First Century B.C., in: JRS 73 (1983) 33–41 und Peter Birks, Alan Rodger, John S. Richardson, Further Aspects of the Tabula Contrebiensis, in: JRS 74 (1984) 45–73.

⁴⁷ Der Verteidiger der Salluienses heißt . . . *Jassius Eihar f(ilius)*, was nach aller Wahrscheinlichkeit zu *C]assius* zu ergänzen ist. Ob dies bedeutet, daß der Mann römischer oder latinischer Bürger war, wie ich früher für drei Bürger von Ilerda geschlossen hatte, die mit Namen gleichen Typs in dem bekannten Dekret des Pompeius Strabo von 89 v. Chr. erscheinen (ILS 8888, vgl. dazu Verf., Untersuchungen zum römischen Städtewesen auf der iberischen Halbinsel [Berlin 1971] 11), sei dahingestellt.

⁴⁸ Vgl. Graham P. Burton, Proconsuls, Assizes and the Administration of Justice under the Empire, in: JRS 65 (1975) 92 ff. und Lintott, (Anm. 14) 54–69.

⁴⁹ P. Yale 61.

⁵⁰ Vgl. dazu Dio Prus. 35, 15 und SEG 28, 1566, dazu Rudolf Haensch, Köln als Hauptstadt der Provinz Germania Inferior, in: Geschichte in Köln 33 (1993) 5–40 auf S. 33 f.

Richter fungieren bzw. einen *index pedaneus*, einen Richter seines Vertrauens, einsetzen⁵¹. Teils wegen ihrer rechtspraktischen Vorteile, teils aber auch weil die kaiserliche Justiz auf ihr beruhte, setzte sich die Kognition in den ersten beiden Jahrhunderten n. Chr. vor allem in den Provinzen immer mehr durch und ersetzte das Formularverfahren fast völlig. Ob städtischen Magistraten die *cognitio* überhaupt erlaubt war, da sie ja auf *imperium* beruhte, ist sehr fraglich; falls Magistrate von Kolonien über *imperium* verfügten, ist nicht auszuschließen, daß ihnen vielleicht auch in manchen Fällen das *cognoscere* erlaubt war⁵².

Zumindest alle senatorischen Statthalter, und wohl auch die Präsidialprokuratoren, scheinen das *ius gladii*, die Befugnis zu Urteilen in Kapitalprozessen, besessen zu haben, wohingegen andere Prokuratoren in den Provinzen Rechtsprechung in zivilen und auch in administrativen Fällen ausübten⁵³. Im Stab der Statthalter, soweit wir ihn kennen, war hierfür eine Zahl von Folterern, Henkern usw. aus den ihm zugeteilten Soldaten vorgesehen. Zumindest römische Bürger besaßen aber das Recht der Provokation, die in der Kaiserzeit sehr schnell zu einem Appellationsrecht an den Kaiser wurde: *ad tribunal Caesaris sto, ibi me oportet iudicari*, sagte Paulus, und Festus antwortete nach Rücksprache mit seinem Rat: *Caesarem appellasti? ad Caesarem ibis*⁵⁴.

In Zivilsachen entwickelte sich in der Kaiserzeit zum ersten Mal eine richtige Appellationsgerichtsbarkeit, d. h. die Anrufung eines als höher angesehenen Gerichts, um den Spruch eines niedereren außer Kraft zu setzen, von den Städten an den Statthalter und von diesem an Senat oder Kaiser. Die Tendenz anscheinend der meisten Prozessierenden war, ihre Berufung unter Umgehung des Statthalters direkt vor das kaiserliche Gericht zu bringen. Domitius Corbulo mußte die Behörden von Cos ermahnen, daß Berufungen an den Kaiser nicht ohne vorherige Prüfung durch den Statthalter und ohne Zahlung einer Garantiesumme von 2500 Denaren möglich waren, und auch die Kaiser selbst bemühten sich, ohne viel Erfolg, durch Festlegung einer Kautions den Ansturm von Appellanten zu bremsen⁵⁵. Hadrian legte in einem Reskript an eine griechische Stadt fest, daß er Appellationen in Zivilfällen nur dann annehmen würde, wenn ihr Streitwert 900 Denare

⁵¹ Ein gutes Beispiel hierfür sind z. B. die Akten der scillitanischen Märtyrer, die 180 n. Chr. von dem Prokonsul Vigellius Saturninus abgeurteilt wurden, vgl. *Herbert Musurillo*, *The Acts of the Christian Martyrs* (Oxford 1972) 86 ff.

⁵² Im *Fragmentum Florentinum* [bei *Karl Georg Bruns*, *Fontes Iuris Romani Antiqui* (Tübingen 1909⁷) 158 nr. 33] wird Magistraten einer Kolonie die *cognitio* anscheinend untersagt, und sie werden an den Praetor verwiesen, doch ist der Zusammenhang, ebenso wie die Herkunft des Stückes, völlig unklar.

⁵³ Vgl. *Arthur H. M. Jones*, *Studies in Roman Government and Law* (Oxford 1960) 58–65.

⁵⁴ *Acta apost.* 25,12 und *Peter D. A. Garnsey*, *The Lex Iulia and Appeal under the Empire*, in: *JRS* 56 (1966) 167–189.

⁵⁵ Zu Corbulo *IGRR IV* 1044 und *Burton*, (Anm. 43); über die Kautions *Tac.*, ann.13, 4 und *Suet.*, Nero 17, die vermutlich dieselbe Sache meinen.

überstieg, und auch dann nur, wenn der lokale Stadtrat diese Berufung von seinem eigenen Gericht genehmigt hatte⁵⁶.

Versucht man zum Schluß, die Rolle der Stadt und des Statthalters gegeneinander abzuwägen, dann fällt auf, zumindest wenn man durch die Brille der *lex Irnitana* schaut, daß der Statthalter in Corduba von dem ca. 100 km entfernten Irni wohl recht weit entfernt war⁵⁷. Er ist der Richter in denjenigen Fällen, die trotz aller oben beschriebenen Ausnahmen die Grenzen der municipalen Justiz überschritten. Dies waren zwar aus der Gesamtprovinz viele, aus der einzelnen kleinen Stadt aber wohl doch nur wenige⁵⁸. Ansonsten genehmigt er die Zahl der Dekurionen und der Bürger mit Census über 6000 HS, die Richter sein sollen, und dies vermutlich nicht jedes Jahr aufs neue. Er muß auch seine Genehmigung geben, wenn Irni mehr als einmal im Jahr und über die Höchstgrenze von HS 50000 hinaus ein Darlehen aufnehmen will; allerdings ist hier keine Rede von einer Aufsicht über die finanziellen Belange der Stadt, wie sie etwas später Plinius in Pontus und Bithynien ausübte⁵⁹. Aufwendiger dürfte gewesen sein, daß er vermutlich zu jeder Eingabe der Stadt an den Kaiser seine Stellungnahme beifügen mußte: *de his proco(n)s(ulem) adire debebitis; ego enim nullo respondente constituere nil possum*, schreibt Vespasian an die Behörden von Sabora, die eine neue Steuer einführen wollten⁶⁰. Allerdings ist das aktive Eingreifen des Statthalters, immerhin des einzigen *imperium*-Trägers in der Provinz Baetica, nirgendwo gefordert; der Fall etwa eines Einfalls von Viehräubern aus Mauretania ist nicht vorhergesehen. Dies betrifft aber natürlich unsere oben gewählte Optik von Irni her. Der Statthalter selbst konnte aufgrund seines *imperium* und der *mandata*, die ihm der Kaiser mitgegeben hatte, und innerhalb der Einschränkungen durch das Provinzialgesetz (falls es eines gab) und die augusteischen Gesetze *de vi publica et privata* und *iudiciorum publicorum et privatorum* sicher in nahezu alle Entscheidungen rechtlicher oder administrativer Art eingreifen, wo es ihm sinnvoll erschien⁶¹. Wieder ist – *mutatis mutandis* – Plinius ein lehrreiches Beispiel. Zwischen seinem Umgang mit den Städten seiner Provinz und der relativen Untätigkeit des Prokonsuls, wie sie in der *lex Irnitana* vorgesehen ist, dürfte die provinzielle Wirklichkeit gelegen haben.

⁵⁶ James H. Oliver, Greek Constitutions of Early Roman Emperors from Inscriptions and Papyri (Philadelphia 1989) 229 ff., Nr. 91.

⁵⁷ Vgl. Verf., Municipium Flavium Irnitatum: a Latin Town in Spain, in: JRS 78 (1988) 78–90.

⁵⁸ Neben der Zahl aus Ägypten Anm. 41 vgl. die Angaben bei Lintott, (Anm. 14) 55.

⁵⁹ § 80.

⁶⁰ CIL II 1423.

⁶¹ Zur *lex provinciae* zuletzt Lintott, (Anm. 14) 28–32. Ich glaube nicht an die Interpretation von Alvaro d'Ors, zuletzt in einer Rezension zu Lamberti, (Anm. 5) in Labeo 40 (1994) 92, wonach die zweite der bei Gaius 4,30 erwähnten *duae leges Iuliae* nicht eine *lex Iulia de iudiciis publicis*, sondern ein Gesetz zur Ordnung der municipalen Gerichtsbarkeit, nämlich die eigentliche *lex Iulia municipalis*, gewesen sein soll.